

Kurzbericht

Kulturausschuss

(73. - öffentliche - Sitzung am 10. Juni 2022)

Beratungsthemen:

1. **Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung hinsichtlich der „Niedersächsischen Verordnung über Anforderungen an Schulen für Gesundheitsfachberufe und an Einrichtungen für die praktische Ausbildung“ aus der Sitzung am 22. April 2022**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.

2. a) **Innovation durch Vielfalt, Chancengerechtigkeit durch Freiheit - Öffentliche und freie Schulen im fairen Wettbewerb**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/5858](#)
- b) **Schulen in freier Trägerschaft finanziell und rechtssicher zukunftsfest aufstellen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/11197](#)

Der Ausschuss kam überein, beide Anträge zusammen zu beraten. Er setzte die Beratung des Antrags unter a) fort und nahm die Beratung des Antrags unter b) auf. Die Fraktionen kündigten Gespräche mit dem Ziel an, einen Änderungsvorschlag zu erarbeiten, der auf eine gemeinsam getragene Beschlussempfehlung abzielt. Die Beratung soll in der für den 17. Juni 2022 vorgesehenen Sitzung fortgesetzt und nach Möglichkeit abgeschlossen werden.

3. **Unterrichtsversorgung verbessern - ausreichend Lehrkräfte ausbilden**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/10738](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung über den Antrag ab und empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: GRÜNE, FDP
Enthaltung: -

4. **Von Schulpreisträgerschulen lernen - mehr Freiräume für eine positive Schulentwicklung**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/11193](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung auf und erörterte Verfahrensfragen. Er bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Thema.

5. **Modernem Einwanderungsland gerecht werden - Teilhabe fördern!**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/11054](#)

Der Ausschuss setzte die Mitberatung zur Abgabe einer Stellungnahme fort und schloss sie ab. Hierzu kam er überein, dem federführenden Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung einen Auszug aus der Niederschrift zukommen zu lassen. Ferner bat er die Landesregierung um eine ergänzende schriftliche Unterrichtung zum Stand der Beschulung in der Landesaufnahmestelle Niedersachsen (gerade vor dem Hintergrund der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine, aber auch aus anderen Staaten), die zur weiteren Beratung im federführenden Ausschuss bereitgestellt werden soll.

Außerhalb der Tagesordnung bat der Ausschuss die Landesregierung, ihn in der nächsten Sitzung über die Bewertung und das weitere Handeln in Bezug auf die Mathematik Klausuren im Abitur 2022 sowie nach Möglichkeit auch über die Abitur-Prüfungen in den anderen Fächern zu unterrichten.